

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dünder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 53.

Berlin, Mittwoch, 2. Juli 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Rückblick auf den Färberstreik in Krefeld. —
Kerze und Kranzestatten. — Die Förderung der
Bahnwege in den Schulen. — Allgemeine Rundschau.
— Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Ein Rückblick auf den Färberstreik in Krefeld.

Der Streik der Färber in Krefeld ist nach
17wöchiger Dauer abgebrochen worden. Damit
ist eine Bewegung beendet, die in verschiedener
Beziehung für die Arbeiterschaft äußerst lehrreich
ist. Den Ausgangspunkt bildete der Ablauf des
Tarifs im Dezember v. J. Eine Einigung über
den Abschluß eines neuen Tarifs kam damals
nicht zustande, weil die Zugeständnisse der Arbeit-
geber, — eine wöchentliche Lohnzulage von 1 Mk.,
3jähriger Tarifabschluß, — von den Arbeitern
als zu gering abgelehnt wurden. Nicht einmal
eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde ange-
standen. Es folgte also eine tariflose Zeit. Ende
Januar d. J. beschloßen die Färberarbeiter, die
im deutschen (freien) und christlichen Textil-
arbeiterverbände organisiert sind, gemeinsam die
Verhandlungen wieder aufzunehmen und die Ar-
beitgeber zu ermahnen, sich zu den eingereichten
Forderungen zu äußern. Die Antwort ließ drei
Wochen auf sich warten; dann erhielten die Ar-
beiter die Mitteilung, daß weitere 50 Pf. pro
Woche für männliche Arbeiter bewilligt seien,
aber eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht ein-
treten könne. Die in Aussicht genommene Tarif-
dauer sollte jedoch noch um $\frac{1}{4}$ Jahr verlängert
werden, also bis Dezember 1916.

Das entsprach natürlich keineswegs den ur-
sprünglichen Forderungen der Arbeiter, die für
gelernte Färber und Hilfsarbeiter eine Lohn-
erhöhung von 2—4 Mk., für Arbeiterinnen eine
solche von 3 Mk., ferner Höherzahlung der
Ueberstunden um 25—40 Pf. für Färber, Ver-
kürzung der Arbeitszeit um 4 Stunden pro
Woche, doppelte Bezahlung der Sonntagsarbeit
und 4 Mk. wöchentlichen Zuschlag für Nacharbeit,
Unterlassung der Ueberstunden, Regelung der
Arbeitszeit, Einführung der Lohnbücher und
Ferien, Stägige Kündigung, Festsetzung des
Nachtlohnes auf das 23. Lebensjahr für Couleur-
färber, vorsehen.

Die in Frage kommenden 2600 Färber-
arbeiter, welche zu 90 Proz. organisiert waren,
und zwar über 2000 im deutschen und 237 im
christlichen Textilarbeiterverbände, wiesen das
Angebot der Unternehmer als zu geringfügig ab,
reichten unter Zustimmung der Organisations-
leitungen am 21. Februar 1913 die Kündigung
ein und traten am Abend desselben Tages in den
Streik. Die Mitglieder unseres Gewerksvereins
der Deutschen Textilarbeiter, die in diesen Fär-
bereien tätig waren, ebenso die der „Freien Ver-
einigung“ (anarcho-sozialistische Richtung) mach-
ten die gestellten Forderungen zu den übrigen
und schlossen sich dem Streik an, obgleich die
örtlichen Führer der beiden großen
Verbände es nicht für notwendig
hielten, die Leitung des Gewerk-
vereins und der Vereinigung offi-
ziell zu den Vorberatungen und zur
Aufstellung der Forderungen heranzu-
ziehen. Auf eine öffentliche Beschwerde
gegen dieses unverantwortliche Vorgehen ge-
brauchte man die Ausrede, daß man nicht ge-
wisst habe, ob überhaupt Mitglieder vom Gewerk-
verein beteiligt waren. Diese Behauptung steht
aber im Widerspruch mit der Tatsache, daß die
Bezirksleitung des Gewerksvereins den Beamten

des deutschen und des christlichen Verbandes
wiederholt von unserer Beteiligung Mitteilung
gemacht hatte.

Die Färberarbeiter traten demnach ge-
schlossen in den Ausstand. Nach mehreren erfolg-
losen Verhandlungen wurde den Vertretern der
beiden Verbände von den Arbeitgebern am
25. Februar ein Ultimatum ausgestellt, sich zu er-
klären, ob die weiteren Zugeständnisse von 50 Pf.
pro Woche für männl. Arbeiter, für weibl. Ar-
beiter über 22 Jahre 1 Mk. pro Woche und eine
Stunde Arbeitszeitverkürzung sowie 3% jährige
Tarifdauer angenommen würden; im anderen
Falle würde eine Aussperrung erfolgen. Jedoch
diese Zugeständnisse konnten nicht befriedigen.
Einmütig war man der Meinung, daß eine Lohn-
erhöhung für weibliche Arbeiter unter 22 Jahren
im ersten Tarifjahre um 50 Pf. und im zweiten
Tarifjahre 50 Pf. pro Woche und für männl.
Arbeiter ebenfalls um 50 Pf. eintreten müsse
sowie eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit
im zweiten Tarifjahr um 1 Stunde und 3jährige
Vertragsdauer. Das waren die Mindest-
forderungen, an denen festgehalten
werden sollte.

Am 4. März tagte nun eine Sitzung der Aus-
schüsse sämtlicher Textilbetriebe, um zu der an-
geordneten Aussperrung Stellung zu nehmen. Die
Ausschüsse erklärten sich solidarisch mit der
Färberbewegung, und in einer Resolution, die
vom christlichen Gauleiter beschloßen war,
heißt es am Schluß des ersten Absatzes:

„daß die Organisationen alles daran setzen wer-
den, um zu einem ehrenvollen Abschluß zu kommen,
auch wenn die Aussperrung erfolgt. Sie
erwarten dann die Hilfe der gesamten
Arbeiterschaft Deutschlands.“

Es kam also in dieser Resolution voll-
ständige Einmütigkeit zwischen den bei-
den Verbänden und allen Textilarbeitern dahin-
gehend zum Ausdruck, daß man keinesfalls mit
dem Erreichten zufrieden sein könne und ge-
gebenenfalls die Aussperrung auf sich nehmen
müsse. Auch unser Gewerksverein hat in einer
Ortsvereins-Konferenz einen dementsprechenden
Beschluß gefaßt.

Um die Aussperrung zu verhüten, wurde
vom Oberbürgermeister von Krefeld eine Ver-
mittlung angebahnt, die leider vom Arbeitgeber-
verbände der Seidenindustriellen abgelehnt
wurde. Auch weitere Verhandlungen zwischen
den Vorständen der beiden Verbände und den
Vorständen des Arbeitgeberverbandes führten zu
keinem anderen Resultat. Darauf beschloßen am
14. März die im Deutschen Textilarbeiterver-
bände organisierten Färber weiter zu streiken,
und auch die christlich organisierten schlossen sich
ihnen an. Damit war auch die Aussperrung
perfekt geworden.

Bis zu diesem Zeitpunkte war unter den
den Führern des deutschen und christlichen Ver-
bandes eine vollständige Einigkeit zu verzeichnen.
Das Bild änderte sich aber sofort,
nachdem am 15. März die Aussper-
rung von 10000 Textilarbeitern er-
folgt war! Die Leitungen der beiden Ver-
bände hatten am 14. März abends eine gemein-
same Sitzung, in welcher hauptsächlich über die
Fortführung des Streiks berichtet werden sollte.
In dieser Sitzung wollen nun die christlichen
Führer, wie sie behaupten, keinen Zweifel darüber
gelaßen haben, daß sie eine Aussperrung wegen
der noch ausstehenden Forderungen nicht auf sich
nehmen könnten. Dies widerspricht aber der
oben angenommenen Resolution. Die Führer

des deutschen Verbandes stellten sich auf den
gegenteiligen Standpunkt. Als nun am 15. März
der christliche Verband dem deutschen Verband
noch eine Verhandlung mit den Arbeitgebern vor-
schlug, lehnte letzterer ab, weil die Arbeitgeber in
den letzten Tagen sämtliche Einigungsversuche
zurückgewiesen habe.

Darauf ging der christliche Ver-
band seine eigenen Wege, löste das
Bündnis mit dem deutschen Verband
und nahm eine Einigung mit den Ar-
beitgebern durch die Vermittlung
des Oberbürgermeisters an, wonach
die bisherigen Zugeständnisse akzep-
tiert und der Tarifabschluß durch
eine eventuelle tariflose Zeit noch
um $\frac{1}{4}$ Jahr verlängert, also auf
4 Jahre ausgedehnt wurde. Diese Ver-
einbarung wurde dem deutschen Verbands durch
den Oberbürgermeister ausgedrückt mit dem Ver-
merken, seine Zustimmung dazu zu geben, da im
anderen Falle wegen der kleinen Zahl christlicher
Färber die Abmachung wirkungslos sei. Der
deutsche Verband lehnte trotzdem die Verein-
barung ab, und nun setzte der Bruderkampf mit
voller Kraft ein.

Der christliche Verband hatte durch sein Vor-
gehen die Aussperrung verhüten wollen, mußte
aber trotzdem diese über sich ergehen lassen, weil
er mit seinen 237 Färbern gegen die 2000 anders-
organisierten machtlos war. Er war davon aus-
gegangen, daß das Objekt nicht groß genug sei,
um eine Aussperrung auf rechtfertigen troß der
bekannten Resolution. Was wurde nun gefordert,
und was erreicht? Die Forderungen sind schon
vorstehend wiedergegeben. Erreicht wurde: Für
Färber und Hilfsarbeiter bis 1,50 Mk. für Ar-
beiterinnen über 22 Jahre 1 Mk. unter 22 Jahren
nichts, Höherzahlung der Ueberstunden 5 Pf.,
Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde pro Woche, Tarif-
dauer 4 Jahre (anstatt 3 Jahre). Alle anderen
Forderungen wurden abgelehnt. Bei der langen
Dauer des Tarifs konnten aber die noch ausstehenden
Forderungen nicht ohne weiteres
fallen gelassen werden. Diese waren auch keines-
wegs so kleinlicher Natur, wie der christliche Ver-
band sie hinzustellen liebte, während er mit
großen Zahlen die Vorteile der Zugeständnisse
und die finanziellen Schäden durch die Weiter-
führung des Kampfes nachzuweisen suchte. Ge-
wis, ein Streik ist stets ein zweischneidiges
Schwert für die Arbeiter, aber dies gilt auch bei
einer Aussperrung für die Arbeitgeber. Durch
diese Zahlenmanipulationen hat aber der christ-
liche Verband den Arbeitgebern das Rückgrat ge-
stärkt und ist den Arbeitern in den Rücken ge-
fallen. Gätten die christlichen Führer mit dem
deutschen Verbands genau so einmütig die Aus-
sperrung auf sich genommen, wie sie die Verein-
barung eingeleitet haben, wo wäre unseres Erachtens
mehr für die Arbeiterschaft herausgekommen,
und man hätte der Arbeitgebererschaft kein so
überaus trauriges Bild von der Arbeiterbewe-
gung gezeigt.

Die Selbstständigkeit einer Organisation in
ihren Handlungen wollen wir nicht antasten;
dieses Recht hat auch unser Gewerksverein der
Textilarbeiter für sich stets in Anspruch genom-
men und durchgeführt. Aber man muß auch in
seinen Handlungen konsequent sein. Wenn
man sich vordem sozusagen verpflichtet, die Be-
wegung bis zum Außersten mit durchzuführen
und zieht am kritischen Zeitpunkt zurück, ohne
daß eine Änderung der Verhältnisse dies rech-
tfertigt, so ist das nicht mit den Bestrebungen
einer Organisation in Einklang zu bringen.

Was nun folgte, waren die notwendigen Wirkungen der Führung des christlichen Textilarbeiter-Verbandes auf dem Wege, den sie beschritten hatte. Nach 24wöchentlicher Dauer der Aussperrung wurde durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters auf Wunsch der christlichen Leitung die Aussperrung durch den Arbeitgeberverband aufgehoben. Interessant ist dabei festzustellen, auf welche Art dieser Beschluß zustande gekommen ist. Am Dienstag, den 1. April d. J., abends, prangte an allen Anschlagtafeln Krebels ein großes Plakat des Oberbürgermeisters, worin gesagt wird, daß am heutigen Tage ein Schreiben des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter eingelaufen sei, folgenden Inhalts:

„Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß die unserem Verbande angehörenden Färbereibetriebe unter folgenden Voraussetzungen die Arbeit wieder aufzunehmen bereit sind:

1. Falls sich das Gerücht bestätigen sollte, demzufolge die Färbereibetriebe sich nur noch eine bestimmte kurze Frist an die den streikenden Arbeitern gemachten Zugeständnisse gebunden ersehen.
2. Falls die Aussperrung allgmein aufgehoben wird, d. h. sämtliche Betriebe für alle Arbeiter die arbeiten wollen, geöffnet werden.“

Daraufhin hat die Generalversammlung der Arbeitgeber am demselben Nachmittage beschlossen, die Betriebe am Donnerstag, den 3. April, 7 Uhr, zu öffnen.

Aber trotz Versprechungen und Drohungen fanden sich von den 237 christlichen Färbern nur wenige, die der Verbandsparole auf Wiederaufnahme der Arbeit folgten. Ebenowenig halfen wiederholte öffentliche Aufforderungen und die weitgehendste Gewährung von polizeilichem Schutz. Die meisten Färber traten aus dem christlichen Verband aus und zu anderen Organisationen über oder blieben unorganisiert. Dies war den christlichen Führern natürlich sehr unangenehm; konnten sie doch dadurch ihrem Versprechen gegenüber dem Oberbürgermeister nicht nachkommen. Sie verlegten sich deshalb darauf, Streikbrecher aus allen Gegenden heranzuholen und die Betriebe zu besetzen, um die Bewegung kaputt zu machen und ihr Wort einzulösen. Hunderte von Arbeitswilligen wurden aus dem M.-Gladbacher Kreis nach Rastfeld geschafft, direkte Vermittler dazu angestellt und die Arbeitslosen durch Androhung der Entziehung ihrer Arbeitslosenunterstützung nach dort gesandt. Sogar christlich organisierte Färber aus Greis wurden eingestellt, die in ihrer Heimat feste Arbeit hatten und noch in öffentlichen Versammlungen prahlten, bewußt Arbeitswilligendienste zu tun. Dazu kamen noch Hunderte von den Hamburger Spinge-Gardisten, die von den Arbeitgebern angeworben wurden, zweifelhafte Eritzenen, deren Verhalten ein Kapitel für sich bildet.

Mit einigen Ausnahmen standen die Färber des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sowie die Färber unseres Gewerksvereins und der Freien Vereinigung fest bis zuletzt im Kampf. Es trifft auch nicht zu, daß Färber vom Gewerksverein die Arbeit aufgenommen hätten, wie in christlichen Kreisen behauptet wird. Allerdings wäre es wohl taktisch richtiger und erfolgversprechender gewesen, wenn der deutsche Textilarbeiter-Verband frühzeitig die Färber an den Orten, wo Streikarbeit gemacht wurde, wie in Elberfeld, Pafel usw. herausgezogen hätte und nicht erst, nachdem die Streikbrecher über 1000 zählten und einigermaßen eingearbeitet waren. Die Arbeitgeber hätten dann dem größeren Druck weichen müssen. Dieser Fehler hat sich denn auch gerächt. Die Bewegung kam auf einen toten Punkt; Vermittlungen jeder Art wurden von den Arbeitgebern abgelehnt, die Belastung des deutschen Textilarbeiter-Verbandes wurde mit jedem Tage schwerer, und so mußte die Bewegung schließlich abgebrochen werden, die so verheißungsvoll begann.

Unser Gewerksverein der Deutschen Textilarbeiter hatte in Anbetracht der Verhältnisse seine Stellung von vornherein dahin festgelegt, daß er die Forderungen der Färber für berechtigt anerkannte und daraus auch die Konsequenzen zog. Wenn nun jetzt der christliche Verband dem Gewerksverein beistimmt, er wollte im Kriebe sitzen und sei ein Anhängel des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, so kann das keinen Eindruck machen, denn der Gewerksverein der Textilarbeiter hat bei seiner Entscheidung keinerlei Rücksicht genommen auf den deutschen oder christlichen Verband. Lediglich die berechtigten Bestrebungen der Färber auf Verbesserung ihrer Lage waren für ihn maßgebend.

Wir haben absichtlich während der Bewegung uns nicht mit dem Streit der beiden Verbände

befähigt, um das Kampffeld nicht unnötig zu vergrößern und die Klufft in der Arbeiterenschaft noch zu erweitern. Im Interesse der Arbeiterkraft aber haben wir es lebhaft bedauert, daß ein derartiger gebähtiger Bruderkampf eingetretten ist. Dadurch muß natürlich das Vertrauen zu den Organisationen schwinden, anstatt daß es gestärkt wird, und die sachenden Dritten sind die Arbeitgeber.

Ärzte und Krankenkassen.

Zwischen den Krankenkassen und den im Leipziger Verbands organisierten Ärzten tobt seit längerer Zeit ein Streit, der sich oft in den widerwärtigsten Formen abgepielt hat. Die Ärzte wollen das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen zur Krankenversicherung dazu benutzen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Ein solches Streben wird man seinem Stande verdenken können. Das Normalstatut, das der Leipziger Verband aufgestellt hat, enthält aber derartige unerhörte Forderungen, daß die Krankenkassen darauf nicht eingehen können. Die Ärzte sind soweit gegangen, daß sie indirekt mit dem Streik gedroht haben. Infolgedessen ist die Situation recht kritisch, und da die Krankenkassen natürlich darauf bedacht sein müssen, daß mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auch für alle Fälle Fürsorge getroffen ist, haben sich die Krankenkassenverbände an den Reichskanzler gewandt mit der Bitte, den § 370 der Reichsversicherungsordnung, der eine Waffe im Kampfe gegen die Ärzte bildet, in Geltung zu ziehen. Dieser § 370 betragt in seinen wichtigsten Teilen:

„Wird bei einer Krankenkasse die Arztversorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) die Kasse auf ihren Antrag widerrechtlich, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrags ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren.“

Daraufhin hat der Reichskanzler durch das Reichsamt des Innern folgenden Bescheid erteilt, der in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Veröffentlichung gelangt ist:

Soweit die Krankenkassen ohne eigenes Verschulden außerstande sein werden, rechtzeitig mit Wirkung vom 1. Januar 1914 ab Beiträge zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten zu schließen, müssen sie allerdings in der Lage sein, sofort mit jenem Zeitpunkt das für diesen bebauerlichen Fall im Besetze vorgesehene Ausschlagsmittel der Zustimmung eines höchsten Krankengeldes anzuwenden. Eine Lücke, in der die Versicherten weder die ordnungsmäßigen noch die außergewöhnlichen Leistungen ihrer Kasse zu erhalten vermögen, darf keinesfalls eintreten. Mitbin halte ich es daher für geboten, daß gegebenenfalls schon vor dem 1. Januar 1914 alle die im § 370 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Vorkehrungen getroffen sein müssen, welche die alsbaldige Anwendung seines materiellen Inhalts, d. h. der Gewährung der Ersatzleistung an Stelle der unmittelbaren ärztlichen Fürsorge, schon mit jenem Tage ermöglichen. Hierzu bedarf es insofern nicht des erbetenen Erlasses einer Kaiserlichen Verordnung wegen Inkraftsetzung jenes § 370, vielmehr reichen dafür die bestehenden Vorschriften, insbesondere der Artikel 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung vollkommen aus.

Die Vorschriften dieses Einführungsgesetzes haben das Ziel im Auge, daß in dem Augenblicke, mit dem die Reichsversicherungsordnung voll in Kraft tritt, bereits ausnahmslos alle diejenigen Einrichtungen geschaffen und diejenigen Maßnahmen getroffen worden sind, ohne welche das Gesetz nicht funktionieren kann. Hierin gehört es, daß schon vor dem 1. Januar 1914 Organe vorhanden sein müssen, die für die Kasse die nötigen Beiträge mit den Ärzten abschließen. Hierin gehört es aber in gleicher Weise auch, daß jene Organe da, wo sie Beiträge mit Ärzten zu angemessenen Bedingungen nicht rechtzeitig abschließen können und so insfolgedessen die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder für den 1. Januar 1914 gefährdet ist, rechtzeitig vor dem bezeichneten Tage die erforderlichen Schritte tun, um wenigstens bis im § 370 der Reichsversicherungsordnung zugelassene Ersatzleistung gewähren zu können, und daß die dabei beteiligten Behörden ebenfalls rechtzeitig ihre erforderlichen Entscheidungen treffen. Sowohl die prinzipiale Vertragsschließung mit den Ärzten als auch die subsidiäre Erwirkung der Genehmigung des Oberversicherungsamtes gemäß § 370 a. a. O. sind Maßnahmen zur Durchführung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung im Sinne des Artikels 1 ihres Einführungsgesetzes.

Da es mir wichtig erscheint, daß über den besprochenen Punkt keine Unklarheit bestehe, habe ich alle Bundesregierungen von meiner dortstehenden darge-

legten Auffassung in Kenntnis gesetzt und bei ihnen eine entsprechende Belehrung der beteiligten Stellen angeregt.

Damit wird den Wünschen der Krankenkassen zunächst Rechnung getragen. Besser wäre es freilich, wenn die Ärzte endlich zur Einsicht kämen, ihre überspannten Forderungen aufzugeben und sich mit den Kassen zu einigen berückten. Ein Kriegszustand zwischen der organisierten Ärzteschaft und den Krankenkassenverbänden liegt weder im Interesse der einen, noch der andern Partei. Der kürzlich in Essen abgehaltene erste Kongreß des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen hat deshalb auch seinen Vorstand ermächtigt, die Regierung zu eruchen, noch einmal eine Vermittlung zwischen Ärzteschaft und Krankenkassen herbeizuführen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sind. Einmal haben die Ärzte bereits eine solche Vermittlung vereinbart. So haben sie auf ihrem abnehmenden Standpunkte, so muß eben der § 370 zur Anwendung gelangen, und verliert er, so bleibt schließlich nichts anderes übrig, als die Forderung nach beamteten Ärzten zu erheben. Das wäre allerdings der äußerste Notbehelf. Den Ärzten aber muß mindestens soviel wie den Kassen daran gelegen sein, daß man davon keinen Gebrauch macht. Angesichts der ganzen Lage also täte der Leipziger Verband gut daran, wenn er seine Selbsttätigkeit aufgibt und versucht, ein erträgliches Verhältnis mit den Krankenkassen herbeizuführen.

Die Förderung der Zahnpflege in den Schulen.

Umfangreiche Unternehmungen haben ergeben, daß in Deutschland fast alle Schulkinder an Karies der Zähne (Zahnfäule, die zum Hohlwerden führt) leiden. Das im Jahre 1909 gegründete Deutsche Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen hat sich zur Aufgabe gesetzt, auf diesen Schaden weiteste Kreise hinzuweisen und Gegenmaßnahmen anzuregen. Es hat erreicht, daß in zahlreichen Städten und auch in einigen ländlichen Kreisen eine Schulzahnpflege eingerichtet worden ist. Das Zentralkomitee gibt eine belehrende Zeitschrift, gemeinverständliche Abhandlungen über Zahnpflege und Merkblätter heraus. Es hat auf Einführung entsprechender Lehrstücke in die Bücher von Volkschulen und Aufnahme der Belehrung über das Weien der Zähne in den Lehrplan von Volkschulen hingewirkt. Infolge seiner Anregung ist den Schulzahnärzten zur Pflicht gemacht worden, belehrend auf die Kinder und an Elternabenden auch auf die Ermadrienen einzuwirken. In Preußen hat der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten durch Runderlaß vom 10. März 1909 die Königlichen Provinzialschulrätigen und Regierungen veranlaßt, die Arbeiter des Zentralkomitees nach Möglichkeit zu unterstützen.

Das Zentralkomitee hat kürzlich das Reichsversicherungsamt gebeten, auch den Landesversicherungsanstalten die Förderung seiner Bestrebungen zu empfehlen. Das Reichsversicherungsamt hat dieser Bitte entsprochen. Es hat dabei erwogen, daß die Versicherungsanstalten, deren Ausgaben für Zahnbehandlung in den letzten Jahren stark gestiegen sind, es nur begründen können, wenn die heranwachsende Jugend, noch bevor sie in das vericherungspflichtige Alter eintritt, über den Nutzen einer geregelten Zahnpflege aufgeklärt und in Schulzahnkliniken zahnärztlicher Behandlung geführt wird. Die so erzogenen Kinder werden späterhin für die Erhaltung ihrer Zähne aus eigenem Antriebe sorgen und dadurch eine Entlastung der Versicherungsanstalten herbeiführen. Eine frühzeitige Zahn- und Mundhygiene kommt auch als wertvolles Vorbeugungsmittel gegen die Tuberkulose in Betracht.

Selbstverständlich geht es nicht an, daß die Versicherungsanstalten — sei es unmittelbar oder mittelbar — die Kosten der Zahnbehandlung für sämtliche Schulkinder oder auch nur für diejenigen übernehmen, deren Eltern zu den Verriichtungen gehören. Eine solche Maßnahme würde nicht nur die Mittel der Versicherungsanstalten übersteigen, sondern auch mit dem Besetze nicht vereinbar sein, das die Einleitung eines Heilverfahrens nur zugunsten eines Versicherten oder einer Witwe zuläßt, und zwar zu dem Zwecke, die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität abzumenden. Dagegen unterliegt es keinem Bedenken, daß die Versicherungsanstalten die Zwecke des Zentralkomitees mit einem angemessenen Betrage fördern, wie sie ja auch sonstige gemeinnützige Vereine mit Zuschüssen bedenken.

14. der tion uft dett Ru

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 1. Juli 1913.

Ein Werkbüchlein für Maler, Lackierer und Anstreicher ist von unserem gleichnamigen Gewerkschaftsverein jetzt herausgegeben worden. Die kleine handliche Schrift weist auf den für das deutsche Malergewerbe abgeschlossenen Reichstarif hin, dessen Vorteile nur den organisierten Arbeitern zugute kommen. Wer außerhalb der Organisation steht, hat nicht den geringsten Einfluß auf die für jeden Arbeiter wichtigsten Fragen im Arbeitsverhältnis. Unser Gewerkschaftsverein hat in dem langwierigen Kampfe seinen Mitgliedern gegenüber seine volle Schuldigkeit getan. Auch an dem Zustandekommen des Reichstarfs hat er energisch mitgewirkt. Deshalb muß es ein Leichtes sein, unter den unorganisierten Gehilfen mit Erfolg für ihn zu wirken. Zu diesem Zwecke werden in dem Heftchen die Unterstützungseinrichtungen des Gewerkschaftsvereins anschaulich geschildert und alle Vorteile aufgeführt, die den Arbeitern durch die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsverein und zum Verbande der Deutschen Gewerkschaften erwachsen.

Das Werkbüchlein wird den beabsichtigten Zweck sicherlich erfüllen, wenn es möglichst weite Verbreitung unter den Indifferenten findet. Deshalb ist der Hauptvorstand des Gewerkschaftsvereins der Maler, Lackierer, Anstreicher und grabstichlichen Berufs in Berlin, Greifswalderstr. 221/23 gern bereit, zum Zwecke der Agitation jede gewünschte Anzahl von der Schrift unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dringend zu wünschen wäre nur, daß von diesem Angebot recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

Die Tagung des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen in Essen, über die wir in voriger Nummer ausführlich berichtet haben, hat bei den Behörden, in der Presse und auch sonst in der Öffentlichkeit die größte Beachtung gefunden. Jetzt heißt es, die Konsequenzen ziehen. Die Deutschen Gewerkschaften haben sich an der Gründung dieses Gesamtverbandes beteiligt, weil sie von seiner Notwendigkeit überzeugt waren. Auch an der weiteren Arbeit haben ihre Vertreter im Vorstande mitgewirkt, und auf der Essener Tagung haben wir durch Entsendung einer stattlichen Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern unser Interesse bekundet. Das muß nun auch in der Tat umgesetzt werden. Eine Reihe unserer Krankenkassen hat bereits den Anschluß an den Gesamtverband Deutscher Krankenkassen vollzogen, bei einigen andern ist er bereits beschlossene oder er steht unmittelbar bevor. Andererseits aber haben wir auch Kassen, die noch nicht Stellung genommen haben. Wollen wir dem Gesamtverbande Deutscher Krankenkassen die ihm gebührende Bedeutung verschaffen, so müssen wir auch selbst Hand anlegen, und alle unsere eigenen Kassen müssen Mitglied werden.

Aber noch eins! Zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder sitzen auch in Betriebskrankenkassen, Ortskrankenkassen usw. und haben dort einen ausschlaggebenden Einfluß. Verschiedene dieser Kassen haben auch auf unsere Anregungen hin den Anschluß an den Gesamtverband bereits vorgenommen, eine viel größere Anzahl aber steht noch abseits. Deshalb rufen wir von dieser Stelle aus die eindringliche Mahnung an die Kollegen, alles aufzubieten, daß diejenigen Kassen, in denen sie es durchsetzen können, möglichst schnell sich dem Gesamtverbande Deutscher Krankenkassen anschließen. Auskunft wird von unserem Verbandsbureau gern erteilt. Außerdem stehen Statuten zur Verfügung bei der Geschäftsstelle des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen, Köln a. Rh., Benloerwall 9.

Lohnbücher für die Konfektion. Mit dem 1. Juli ist die Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1913 in Kraft getreten, nach welcher der § 114 a der Gewerbeordnung auf die Konfektion, d. h. die Anfertigung von Mänteln, Kleidern usw. ausgedehnt wird. Die Arbeitgeber dieser Branche haben von jetzt an Lohnbücher oder Lohnzettel für ihre Arbeiter auszufüllen, die folgende Punkte enthalten müssen:

1. Den Zeitpunkt der Uebertragung von Arbeit, Art und Umfang der Arbeit, bei Auffordarkeit die Stückzahl,
2. die Lohnsätze,
3. die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den Arbeiten,
4. Zeitpunkt der Ablieferung sowie Art und Umfang der abgelieferten Arbeit,
5. Lohnbetrag unter Angabe der etwa vorgenommenen Abzüge,
6. Tag der Lohnzahlung.

Die Außerachtlassung dieser Vorschrift wird mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen für jeden Fall der Verletzung des Gebotes bestraft.

Arbeiterbewegung. Auf die von den Organisationen an die deutschen Seeschiffswerften eingereichten Forderungen ist den Organisationsleitungen die Mitteilung zugegangen, daß zunächst der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller dazu Stellung nehmen müsse. Die zu diesem Zwecke einberufene Sitzung werde in den nächsten Tagen stattfinden. Das Ergebnis der Verhandlungen soll den Organisationsleitungen mitgeteilt werden. — Der Streik in den Spielwarenfabriken von Sonneberg i. Th. ist beendet worden, nachdem die Ausständigen den von den Arbeitgebern aufgestellten Tarif angenommen haben. — Der Kampf in der Textilindustrie zu Pocholt hat an Ausdehnung zugenommen. Am vergangenen Sonnabend sind weitere 3000 Arbeiter ausgepickert worden, so daß im ganzen 6000 auf die Straße geworfen sind. — Im Rheinland sind die Stufkatoren in den Streik getreten, nachdem alle Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation gescheitert sind. Nur in denjenigen Betrieben, die außerhalb des Unternehmerverbandes stehen, sind die Forderungen der Arbeiter anerkannt worden.

In Paris sind am Sonnabend die Droschkentaktiker und Chauffeurs in den Streik getreten, um gegen eine allzu scharfe Verkehrsordnung des Polizeipräsidenten zu demonstrieren. Der Streik, der so gut wie vollständig durchgeführt wurde, erreichte aber schon an demselben Tage sein Ende, weil die Polizeibehörde Entgegenkommen zeigte und die schlimmsten Bestimmungen beilegte. — In der Baumwollspinnerei von Seibler in Poda (Russ. Polen) sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen 2000 Weber in den Streik getreten. Es ist wahrscheinlich, daß die Bewegung, wenn sie nicht bald zum Abschluß gelangt, sich auf weitere Betriebe ausdehnt. — In Leith (England) streifen die Dockarbeiter, so daß die Fahrzeuge nicht entladen werden können. — Drei Monate haben in Turin (Ober-Italien) etwa 8000 in den Automobilfabriken beschäftigte Metallarbeiter im Streik gestanden. Derselbe ist jetzt beendet. Die Arbeiter haben zwar ihre Forderungen nicht durchsetzen können; immerhin aber haben die Unternehmer Entgegenkommen zeigen müssen, indem sie eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit und eine geringe Lohnzulage bewilligten.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai war nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen befriedigend. Zum Teil ist eine Verbesserung, teilweise aber auch eine Verschlechterung des Geschäftsganges gegenüber dem Vormonat eingetreten. Im Vergleich zum Mai 1912 scheint die Beschäftigung im ganzen weniger lebhaft gewesen zu sein.

Der Steinkohlenbergbau des Ruhrwie des Saargebietes und des Raabener Reviers war voll beschäftigt. Nach Beendigung des Streiks hatten auch die Gruben in Oberschlesien gute Beschäftigung. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist gegen den Vormonat eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung eingetreten, im lausitzer Braunkohlengebiete hob sich der im Anfang des Monats schwache Geschäftsgang gegen Ende des Mai. Gut beschäftigt waren Eisenerz-, Kobleisen- wie Kupfergewinnung, ebenso die Eisenhütten. Im Eisenerzbergbau war die Geschäftslage besser als im Vormonat, in der Kupferindustrie machte sich jedoch ein langamerer Eingang neuer Aufträge bemerkbar. Auch für die befriedigend beschäftigten Eisen- und Walzwerke wird das zum Teil berichtet. In der Maschinenindustrie war der Beschäftigungsgrad auf dem Höhepunkte. In der elektrischen Industrie erlitt im ganzen nur in der Installation elektrischer Anlagen eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat. Ähnlich behauptete auch die chemische Industrie im ganzen ihre gute Geschäftslage. Unbefriedigend sind im ganzen auch für Mai die Berichte über die Lage der Baumwollspinnereien. Auch die Wollweberei und Tuchindustrie war zum Teil nur mäßig beschäftigt. In der Leinwandweberei trat ein Rückgang gegenüber dem Vormonat hervor. Eine Verschlechterung des Geschäftsganges hatten ferner Sägewerke wie Bau- und Möbeltischlerei. Im Baugewerbe scheint sich eine Verbesserung der unangünstigen Lage bemerkbar zu machen.

Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen am 1. Juni in Arbeit stehenden Mitglieder übertraf diejenige des 1. Mai um 12 779. An dieser Steigerung war das männliche Geschlecht mit 22 996 oder 0,62 v. S. beteiligt, während das weibliche einen Rückgang von 10 217 Personen oder 0,62 v. S. aufweist. Im gleichen Monat des Vorjahres betrug die Zunahme 0,86 v. S. bei den männlichen und 0,41 v. S. bei den weiblichen Personen. Die Zunahme an männlichen Mitgliedern war also in diesem Jahre nicht so stark wie im Vorjahr, während bei den weiblichen Mitgliedern sich im Berichtsmontat ein Rückgang gegen eine Zunahme im Vorjahr ergab. Bei Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen haben die männlichen Mitglieder zu, die weiblichen abgenommen.

Ueber Arbeitslosigkeit im Mai d. J. berichteten 47 Fachverbände mit 2 046 818 Mitgliedern. Von diesen waren im Mai d. J. 2,5 v. S. im Vormonat 2,3 v. S., in Mai 1912 1,9 v. S. und im April 1912 1,7 v. S. arbeitslos. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist also in diesem Jahre ungünstiger als im Vorjahr. Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise kommen im Berichtsmontat auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 166 Arbeitsgesuche gegen 160 im April 1913 und 153 im Vergleichsmontat des Vorjahres. Demnach läßt sich auf eine geringe Verschlechterung gegen den Vormonat und gegen den gleichen Monat des Vorjahres schließen. Für weibliche Personen kommen bei den festgestellten Gesamtzahlen auf je 100 offene Stellen im Berichtsmontat 100 Arbeitsgesuche, während die entsprechenden Zahlen 96 im Vormonat und 97 im Mai 1912 ergeben.

Der auf dem Arbeitsmarkt in Berlin und der Provinz Brandenburg lagernde Druck hat sich noch verhärtet; besonders liegt das Baugewerbe und die Holzindustrie darnieder. Auch in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg läßt die Gesamtlage des Arbeitsmarktes fast überall mehr oder weniger zu wünschen übrig. In Westfalen und Lippe-Detmold hat die Lage des Arbeitsmarktes eine wesentliche Änderung nicht erfahren; im Baugewerbe verbesserte sich hier die Lage aber erheblich. In Hessen, Sassen, Nassau und Waldeck hat sich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat im allgemeinen vermehrt, besonders in der Holzindustrie; im Schneidergewerbe zeigt sich dagegen ein Arbeitermangel. In Bayern und Baden tritt eine rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkte hervor, während in Württemberg keine wesentliche Änderung der Lage zu verzeichnen ist.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher wie industrieller Wanderarbeiter ist gegen den Vormonat zurückgegangen.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen ausschließlich Bayerns betrug im Mai 1913: 165 494 344 Mk., das sind 7 486 213 Mk. weniger als im Vormonat, und 4 512 729 Mk. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr bezieht sich auf 49 Mk. oder 1,61 v. S. auf 1 Kilometer.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredlung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Mai 1913 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 905,37 Mill. Mark, die Ausfuhr einen Wert von 826,76 Mill. Mark gegen 907,14 Mill. Mark und 717,94 Mill. Mk. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Werkwürdige Heilige sitzen in der Redaktion der „Weltb. Arbeiter-Ztg.“. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß eine einheitliche und deshalb starke Arbeiterbewegung nur möglich ist auf neutralem Boden. Leider ist in der Arbeitererschaft dafür noch nicht das nötige Verständnis vorhanden; sie läßt sich zu allen möglichen Zwecken mißbrauchen. Mit dieser Tatsache muß man sich zunächst abfinden und sich damit begnügen, dahin zu wirken, daß sich der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen wenigstens in anständigen Formen abspielt.

Diesem Grundsatz getreu haben wir auch stets gehandelt. Auch die „Weltb. Arbeiter-Ztg.“, das Organ der katholischen Arbeiter- und Knappschaftsvereine Westdeutschlands, vermag gegen diesen Grundsatz nichts einzuwenden; aber sie weiß aus allen Wüten Gift zu saugen. Wir haben vor kurzem in einer Betrachtung über die zu beobachtende Organisationsmüdigkeit auch darauf hingewiesen, daß die Befämpfung der Organisationen untereinander mit schuld ist daran, daß das Meer

der Indifferenten noch so groß ist. Das genannte Blatt gibt das unumwunden zu, aber nach seiner Meinung sind gerade die Gewerksvereine daran schuld, weil sie nicht mit offenem Visier kämpfen, indem sie sich als neutrale Organisationen hinstellen, was sie in Wirklichkeit nicht seien. Wir wollen uns darüber mit dem genannten Blatt nicht nochmals auseinandersetzen; das hätte keinen Zweck. Aber in seinen Erhalten diese Vorwürfe zu sein, wirkt geradezu komisch. Denn ein enger Zusammenhang als zwischen christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei ist eigentlich kaum denkbar. Im übrigen verzichten wir auf die Art der Polemik, wie sie gerade in der letzten Nummer der „Westf. Arbeiter-Ztg.“ in zwei Notizen gegen uns beliebt wird. Das ist gerade die Kampfesweise, die wir beurteilen und für arbeiter-schädlich halten. Wenn die „Westf. Arbeiter-Ztg.“ die von uns empfohlene Taktik billigt, gleichzeitig aber in diesen gehässigen Ton verfällt, so stehen eben bei ihr Theorie und Praxis im schroffen Gegensatz.

Die Zahl der organisierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Nordamerika belief sich nach den neuesten Veröffentlichungen des Arbeitsamts von New York auf 2 162 126. Dazu kommen noch 119 434 Mitglieder von Berufsorganisationen in Canada, so daß also die Gesamtsumme sich auf 2 282 361 belaufen würde. In Wirklichkeit aber ist sie noch erheblich höher, da eine Reihe von Organisationen keinen Bericht eingebracht hat. Außerdem sind bei der Zählung nur diejenigen Mitglieder in Betracht gezogen, die während des Berichtsjahres Beiträge gezahlt haben, während diejenigen, die wegen Streik oder aus anderen Gründen keine Beiträge leisteten, nicht in obigen Zahlen enthalten sind.

Im Allgemeinen betragt sich die Mitgliederzahl der organisierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten in aufsteigender Linie. Gegenüber dem Vorjahre wird der Zuwachs der Mitglieder auf 8,3 Prozent berechnet. Auf die amerikanische Föderation der Arbeiter entfallen 1 761 885 Mitglieder, auf die unabhängige Vereinigung der Eisenbahnarbeiter 203 884 und auf andere unabhängige Gewerksvereine 216 642. Was die einzelnen Berufe anbetrifft, so war die stärkste Organisation im Baugewerbe vorhanden mit 343 700 Mitgliedern. Es folgen der Bergbau und die Steinbrüche mit 334 000. An dritter Stelle steht die Metallindustrie, der Maschinen- und Schiffsbau mit 232 700, an vierter Stelle die Bekleidungsindustrie mit 190 000 Mitgliedern. 78 Organisationen mit 1 108 035 Mitgliedern zählten zusammen im Jahre 1911 an Unterstützungen rund 11 Millionen Mark. Zu diesem Betrage kommen noch die aus den Sozialkassen geleisteten Unterstützungen.

Berichtigung. In dem Inzerat zum Agitationsfest der Brandenburgisch-Lausitzischen und Niederschlesischen Gewerksvereine in Görlitz in der letzten Nummer ist ein Druckfehler enthalten. Das Fest findet am 27. und 28. Juli statt. Im übrigen verweisen wir auf das auf der letzten Seite wiederholte Inzerat.

Verbands-Zeil.

Schluß-Quittung

über eingezahlte Sammelgelder für die ausgesperrten Arbeiter und Textilarbeiter.

Bauhändler: Gorau Nr. 2.10. Bergarbeiter: Ober-Baldern 2.80. Fabrik- und Danbarbeiter: Hannover-Linden 16.20. Stahlfabrik 12.70. Frauen und Mädchen: Berlin I 3.—, Rappenburg 3.—. Holzarbeiter: Schweidnitz 3.—. Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Hauptvorstand 1225.15. Schneider: Berlin 6.—. Textilarbeiter: Kachen 3.70. Benig 11.70. Töpfer: Selb-Bühberg 6.—. Summa Mark 1294.35. Bereits quittiert Mark 1675.37. Summa Mark 2969.72. Allen Gebern herzlichen Dank!

Berlin, den 30. Juni 1913.

R. Klein, Verbands-Kassierer.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr amanglois-Jugendklub im Verbandsbause. — Gewerksvereins-Bibliothek (S.-D.) 3-ten Donnerstags, abds. 9-11 Uhr Lesungshunde i Verbandsbause d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal) Gäste willkommen. — Sonnabend, 5. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8-10 Uhr Jubiläum im Nord-westpark, Mit-Moabit 55-56 — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abends 8½ Uhr Stallgasse 126. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Abends 9 Uhr im Martthalen-Restaurant, Arminiusplatz. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8½ Uhr bei Frau, Putzburgerstraße 52. Monatsbericht. Sommerverordnungen. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Abends 8½ Uhr Schönhauser Allee 66. Geschäftliches. Kaffeeverkehr. Werkstattangelegenheiten. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIV. Abends 8 Uhr Vert. mit Damen im Vereinslokal, Barfüßstr. 17. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII. Die Vert. am 12. Juli fällt wegen des Sommerfestes aus. Dafür am 5. und 9. Juli Jubiläum im Vereinsl., Gerichtr. 71.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung im Burghof Gesellschaftshaus, Breiten-Kellenstraße. — Cottbus (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Jönstlin, Sandwegstr. 42. — Dessau. Gewerksvereins-Bibliothek jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Lesungshunde i Vereinsl. „Fasan“, Markt. — Eisenfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Eisenfeld, Kupferstr. und Erholungsstr. 64.

Frankfurt a. O. (Gewerksvereins-Leserchor). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lesungshunde im Vereinslokal, Richterstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Diskutierhunde im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — Gera u. d. Nahe. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskutierabend bei Eudewig. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8 Uhr im Restaurant „Biehof“, Ragerstraße 2. Diskutierabend. — Hamburg (Gewerksvereins-Bibliothek). Jeden Donnerstag Lesungshunde in Lokal von E. Simon, Alter Markt. — Herze (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. W. Bihl, Küche, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. — Herten. Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. — Köln (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. — Leipzig (Gewerksvereins-Bibliothek). Die Lesungshunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Mülheim a. Ruhr. Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — Queblinburg und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 6. Juli, nachm. 3½ Uhr Versammlung in Hahle, Gasthof zur „Forelle“. T. D.: Vortrag über Gewerksvereine und Volksfürsorge. Ref.: Kollege Feder-Wagdeburg. Besprechung über Errichtung eines Bezirks-Sekretariats. Hierzu sind auch die Galberstädter Kollegen eingeladen. — Tettau (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Lesungshunde finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. — Tettau (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter i. Trebbau. — Tegel (Diskutierklub bei Tegel, Vorkingwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — Thurn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. — Uckermark u. U. Umg. (Ortsverband). Sonntag, den Weiskensfeld a. S. (Gesangsverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerksvereine). Lesungshunde jed. Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. Gesangshunde Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — Weiskensfeld (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. — Wörmers (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singhunde im Verbandslokal „Aheintal“.

Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressverzeichnis.

Düsseldorf (Ortsverband). G. Ingenhofen, Vorfigender, Kurfürdenstr. 29. H. Heuer, Schriftführer, Stefaniensstr. 4. B. Hint, Düsseldorf-Üller, Dietrichstr. 10. — Gartz (Ortsverband). G. Schnitzler, Schriftführer, Rürnberg, Aufsehlplatz 12 I. — Jena (Ortsverband). R. Putzsch, Schriftführer, Büblicher Str. 16 II. — Jittau (Ortsverein der Textilarbeiter). P. Beier, Vorfigender, Wobauer Str. 50. G. Dreßler, Schriftführer, Richterstr. 2. W. Harbid, Kassierer, Gewissendorfer Str. 10.

Anzeigen-Teil.

Inzerate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Agitationsfest

der Brandenburgisch-Lausitzischen u. Niederschlesischen Gewerksvereine am 27. u. 28. Juli in Görlitz. Die Ortsverbände und -vereine, die Ihre Anmeldung noch nicht bewirkt haben, bitten wir sich beim Vorf. Kollegen B. Berndt, Melanchthonstr. 1, mit ungeschützter Teilnehmerzahl bis zum 7. Juli anzumelden. Sollten Vereine mit Einladungen übergangen sein, so bitten wir um umgehende Nachricht.

Ortsverband Görlitz.

Die Ortsverbände- und Ortsvereins-Vorfigenden von Niederschlesien und der Lausitz, welche zu dem am 5., 6., 7. Juli stattfindenden Agitationsfest in Gahnau Einladungen erhalten haben, möchten sobald als möglich die Zahl der Mitglieder angeben, welche an der Tafel teilnehmen wollen, auch die, welche sich zur Beteiligung noch nicht angemeldet haben, möchten dies sobald als möglich tun.

Das Komitee. S. K. S. Walter.

W. Glabbach-Stein (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung im Gewerksvereinsbureau, Rappenburgstr. 190, sowie bei Ling, Ringstr. 66.

Schwelm (Bezirksl.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten an Unterstützung 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Ernst Breuer, Kaiserstr. 5.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten bei G. Detert, Badenstr. 81.

Mülheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsgefand für durchreisende Kollegen bei Müller, Sandstr. 38.

Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pf. Unterstützung oder Nachklogis auf dem Bureau der Maschinenbauern, Wilhelmstr. 15.

Barth i. Pom. (Ortsverb.). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pf. Karten sind zu haben bei Aug. Kühn, Poststraße 24. Arbeitsnachweis das.



Bauschule Rastede (Oldab.)

Meister- und Polierkurs. Vollständige Ausbildung in 5 Monaten. Ausführliche Progr. frei.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten Unterstützung. Karten beim Ortsverbandskassierer G. Habede Wilhelmshav. Rühringen, Feinestr. 18.

Chemnitz (Ortsverband). Das Gefand für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufsen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Rede, Rudolphstr. 69, abds. 7-8 Uhr ausgegibt. Der Arbeitsnachweis wird von Kol. D. S. Waldhach, Senefelderstr. 82, ernaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten beim Gefand S. a. u. n. e. r. e. t., Bismarckstr. 10, Besprechungskarten.

Jauer i. Sch. (Ortsverb.). Unterstützung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei Rich. Köpner, Blücherstr. 14.

Stenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. vom Ortsverbandskassierer D. Hennewitz, Rembahnstraße 54.

Tegau (Ortsverband). Besprechungskarten für durchreisende Gewerksvereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Dito Gentschorek, Sportstr. 30/31. Vertreterlokal „Bring von Preußen“, Glogauerstraße.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgefand beim Kollegen Unglaub, Preußische Straße 39.

Dux in Böhmen. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten ein Nachlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Der Gewerkverein Jahrgang 1912

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

NB. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.